

Hauptabteilung Politik und Beratung
Berlin, März 2016



Landtagswahl in Baden-Württemberg

Landtagswahl in Baden-Württemberg

am 13. März 2016

Wahlanalyse

Amtliches Endergebnis

Viola Neu

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu

Leiterin Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030 26996 3506
viola.neu@kas.de

Nico Lange

Stellv. Hauptabteilungsleiter
Politik und Beratung /
Leiter Team Innenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030 26996 3594
nico.lange@kas.de

1. Übergreifende Entwicklungen der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Die Wahlergebnisse der drei Landtagswahlen zeigen einige Gemeinsamkeiten: Die jeweiligen Amtsinhaber wurden bestätigt. Trotz überwiegend großer Zufriedenheit mit den jeweiligen Landesregierungen kann in keinem Land die amtierende Koalition erneut die Regierung bilden. Die AfD kann in alle Parlamente einziehen. Die Linke schneidet schwach ab und kann Protestwähler nicht mehr an sich binden. Die FDP hat überall Zuwächse und scheitert nur in Sachsen-Anhalt äußerst knapp an einem Einzug in das Parlament.

Als Trend ist ebenso auszumachen, dass die Persönlichkeitseffekte einen großen Einfluss auf das Abschneiden der Parteien haben, während der eigenständige Anteil der Parteien am Wahlergebnis ausgesprochen gering ist. Parteipolitische Kompetenzen haben bei dieser Wahl eher eine nachgeordnete Bedeutung. Kurz: Die zu wählende Person und deren Image ist wichtiger als die Partei. Konkrete Landespolitik und landespolitische Politikkonzepte sind für die Wahlentscheidung bei diesen Wahlen nachrangig.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik haben Große Koalitionen nicht überall eine Mehrheit. Zwar wird schon lange darüber diskutiert, dass es zu neuen Konstellationen kommen wird, doch wo diese bislang eintraten, wäre auch eine Große Koalition möglich gewesen. Jetzt besteht zum ersten Mal die Notwendigkeit, ungewohnte Bündnisse einzugehen.

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat eine Protestpartei¹ in einem Bundesland (Sachsen-Anhalt) eine so große Resonanz gefunden. Für diese gelten jedoch andere Regeln, die als Muster schon bei allen

¹ Über 20 Prozent erreichte nur der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten in Schleswig-Holstein mit 23,4 Prozent 1950.

anderen Wahlerfolgen junger Protestparteien zu finden sind: Mobilisierung in Anhängerschaften aller Parteien sowie von Nichtwählern. Unabhängig davon, ob Wahlbeteiligungen sinken oder steigen, können Protestparteien immer aus dem Nichtwählerlager Stimmen mobilisieren. Die konkrete Programmatik sowie das Personal spielen für das Wahlverhalten keine Rolle. Die AfD hat diejenigen angesprochen, die grundsätzlich mit „der Politik“, „den Parteien“ und „den Politikern“ unzufrieden sind. Wie bei allen Protestparteien muss es klimatisch ein Katalysatorthema geben: Und dies ist bei diesen Wahlen die Flüchtlingspolitik. Die Zustimmung zur AfD ist seit Gründung der Partei sinuskurvenförmig: Nach einem Aufschwung von 2013 bis 2014 ist sie bis Mitte 2015 rückläufig. Ohne Flüchtlingszuwanderung hätte sie keinen sprunghaften Anstieg in Umfragen und zuletzt in den Wahlergebnissen verzeichnen können. Fundamentalkritik an allem „Etablierten“, das Schüren diffuser Ängste, das Ausblenden jeglicher Realpolitik gekoppelt mit unterkomplexen (meist vermeintlich schnell umsetzbaren) Lösungsvorschlägen bildeten auch in der Vergangenheit die Zutaten für Wahlerfolge von Protestparteien.

Die Heterogenitäten sind jedoch unübersehbar und erheblich: In jedem Land schneiden die Parteien unterschiedlich ab. Dies schließt die einheitliche Wirkung eines Bundesklimas aus. Auch wenn medial schnell von einer Quittung für den Bund gesprochen wird, ist diese Quintessenz anhand der Ergebnisse der Parteien nicht zu belegen. Auffällig ist, dass eine verbale Unterstützung der Politik der Bundeskanzlerin einen positiven Effekt in der finalen Entscheidung der Wähler in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gebracht hat. Die positive Auswirkung ist für eine Regierungspartei und für eine Oppositionspartei im Bund messbar. Auch dies ist ein Anzeichen dafür, dass ein einheitlicher Bundestrend für die Landtagswahlen nicht entscheidend war und sich keine Schlussfolgerung für die Flüchtlingspolitik ablesen lässt.

Während die SPD in Rheinland-Pfalz als stärkste Partei abschneidet, erleidet sie in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg den Verlust etwa der Hälfte der Wählerschaft. Nur in Sachsen² hat die SPD bei Landtagswahlen ähnlich schwache Ergebnisse. In Baden-Württemberg erhalten die Grünen das beste Ergebnis ihrer Geschichte. In Rheinland-Pfalz verlieren die Grünen zwei Drittel ihrer ehemaligen Wähler. Allerdings war die Wahl 2011 für die Grünen eine Ausnahmewahl, da die Atomreaktorkatastrophe in Fukushima einen außergewöhnlichen Mobilisierungseffekt ausgelöst hat.

Parteilpolitische Geschlossenheit bildet in Wahlkämpfen ein zentrales Image. Je komplexer die politischen Probleme, desto wichtiger wird das Vertrauen in die politischen Eliten. Unterschiedliche Positionierungen innerhalb einer Partei sorgen in Wahlkampfzeiten für Irritationen, da die Orientierung für die Wähler insgesamt schon schwierig ist. Außerhalb von Wahlkämpfen ist dies weniger relevant, da Parteien auch innerparteiliche Auseinandersetzungen führen müssen und sollen. Beispielhaft sei dies an den baden-württembergischen Grünen illustriert. Viele der jüngeren Äußerungen des Spitzenkandidaten Winfried Kretschmann hätten bei den Grünen auch zu öffentlicher Kritik führen können. Es spricht für die Grünen, dass sie im Wahlkampf diszipliniert aufgetreten sind. Sie haben in der Wählerschaft keine sogenannten kognitiven Dissonanzen ausgelöst, wodurch sie in erheblichem Maße über ihr Kernpotenzial hinaus Zuspruch erhalten haben.

Die „Unberechenbarkeit“ der Wähler ist wahrlich keine neue Erkenntnis. Seit Jahrzehnten sind die zentralen Indikatoren nicht zu übersehen. Die langfristige Bindung an Parteien ist nur noch für Minderheiten prägend. Das Wahlverhalten wird von kurzfristig wirkenden Einschätzungen bestimmt. Dies können Themen oder Kandidaten sein. Der Parteiwechsel erfolgt quer durch das Parteiensystem und nicht entlang vermeintlicher

² Das schlechteste Ergebnis erzielte die SPD in Sachsen mit 9,8 Prozent 2004.

politischer Lager. Volatilität kann, muss aber nicht zu Fragmentierung führen.

2. Das Wahlergebnis³

Das Wahlergebnis in Baden-Württemberg birgt einige Superlative in sich. Die Grünen erzielen ihr bestes Ergebnis überhaupt. CDU und SPD hingegen erhalten die schlechtesten Ergebnisse in Baden-Württemberg. Gemeinsam können sie zum ersten Mal in der Landesgeschichte keine Regierung bilden. Noch nie konnte eine Protestpartei so viel Unterstützung gewinnen.

Die **CDU** verliert 12,0 Punkte. Ein Wähleranteil von 27 Prozent markiert das schlechteste Ergebnis der CDU in Baden-Württemberg. Nur vier Mal erhielt die CDU Wahlergebnisse unter 40 Prozent (1952, 1960, 1992 und 2011). Nachdem die CDU bereits 2011 Verluste hinnehmen musste, ist sie bei dieser Wahl nur noch zweitstärkste Kraft im Parlament. Die CDU verliert 496.450 Wähler und 18 Mandate. Zukünftig wird sie mit 42 Abgeordneten im Parlament vertreten sein. Im Vergleich zur Vorwahl verliert sie 38 von 60 Erstmandaten. Von den 42 Abgeordneten haben 22 ein Erstmandat. Bis auf das Mandat in Pforzheim, das die AfD gewann, sind alle anderen Mandate, die die CDU verloren hat, an die Grünen gegangen.

Die **Grünen** erzielen ihr bestes Ergebnis in der Wahlgeschichte überhaupt und sind zum ersten Mal in einem Landesparlament die stärkste Partei. Sie können nochmal zulegen und steigern sich um 6,1 Punkte auf 30,3 Prozent (2011: 24,2 Prozent). Dies entspricht einem Zuwachs von 416.925 Stimmen. Von den 47 Abgeordneten, die im neuen Landtag die

³ In Baden-Württemberg hat jeder Wähler eine Stimme. Es gibt 70 Wahlkreise (Erstmandate) und 50 Zweitmandate. Gewählt ist, wer im Wahlkreis die meisten Stimmen auf sich vereinigt (Erstmandat). Auf Ebene des Regierungsbezirks werden die Erstmandate abgezogen und die restlichen Sitze den Bewerbern mit den höchsten Prozentanteilen zugeteilt.

Grünen vertreten werden, kommen 46 über ein Erstmandat. Gegenüber 2011 haben die Grünen 37 Erstmandate von der CDU gewonnen.

Die **SPD** kommt auf 12,7 Prozent und verliert mit 10,4 Punkten knapp die Hälfte ihrer Wählerschaft. Dies ist das schlechteste Ergebnis der Partei in Baden-Württemberg, die jedoch in Baden-Württemberg traditionell schwach verankert ist. 472.867 Wähler verliert die Partei. Sie verliert auch ihr letztes Erstmandat in Mannheim (an die AfD) und ihre 19 Abgeordneten ziehen als Zweitmandate in das Parlament ein. Sie verliert 16 Mandate insgesamt.

Die **AfD** erhält 15,1 Prozent (809.564 Stimmen). Von ihren 23 Mandaten sind zwei Erstmandate (Mannheim, Pforzheim). In Baden-Württemberg sorgte in den 90er Jahren das Abschneiden der Republikaner für Aufsehen. 1992 (10,9 Prozent) und 1996 (9,1 Prozent) waren sie im Landtag vertreten. Trotz Veränderungen in Wahlkreiszuschnitten⁴ lassen sich zwischen den REP und der AfD ähnliche Hochburgen erkennen: Zu den Wahlkreisen mit den jeweils besten Ergebnissen beider Parteien zählen: Pforzheim, Backnang, Enz, Calw, Neckarsulm, Eppingen und Heilbronn.

Die **FDP** verbessert ihr Ergebnis um 3,0 Punkte auf 8,3 Prozent. 445.498 Wähler unterstützen sie. Im langfristigen Vergleich ist dieser Wert nicht ungewöhnlich. Die FDP wird mit 12 Abgeordneten im Landtag vertreten sein.

Die **Linke** kann erneut nicht über die Fünf-Prozent-Hürde springen. Mit 2,9 Prozent (+0,1 Punkte) schneidet sie etwa so ab wie bei der Vorwahl. Die Linke wie ihre Vorgängerpartei PDS konnte noch nie in Baden-Württemberg in das Parlament einziehen.

Die **Wahlbeteiligung** ist um 4,2 Punkte auf 70,4 Prozent angestiegen.

⁴ Eine genauere Analyse ist nicht zum derzeitigen Zeitpunkt nicht möglich.

Von den „sonstigen Parteien“ bleiben alle unter einem Prozent. Verluste haben die Piraten (-1,7), die REP (-0,8) und die NPD (-0,5). Damit erhält keine der kleinen Parteien eine Wahlkampfkostenerstattung.

3. Wesentliche Bestimmungsfaktoren der Landtagswahl⁵ in Baden-Württemberg 2016

In Baden-Württemberg hat die Landtagswahl das Parteiensystem erheblich verändert, in dem die bisherigen Größenverhältnisse der Parteien in der Rangfolge variieren und die Koalitionsbildung mehr arithmetischen denn politischen Mustern folgen muss.

Nachdem es den Grünen 2011 mit dem Wählerrückenwind aus der Atomreaktorkatastrophe in Japan zum ersten Mal in ihrer Geschichte gelungen ist, den Ministerpräsidenten zu stellen, haben sie es jetzt zum zweiten Mal geschafft, mit einer für sie ungewöhnlichen Strategie, voraussichtlich das Amt des Ministerpräsidenten besetzen zu können. Nur wenige Kampagnen der Grünen haben Personen (z.B. Renate Künast oder Joschka Fischer) in den Vordergrund befördert. Normalerweise bevorzugt die Partei eine stärker auf Inhalten aufbauende Kommunikation. Gleichermäßen zeigten die Grünen sowohl im Land als auch im Bund eine bemerkenswerte Zurückhaltung gegenüber der Amtsführung und den Äußerungen von Winfried Kretschmann, der am Ende der Kampagne nicht nur die Bundeskanzlerin, sondern auch den bayerischen Ministerpräsidenten, Horst Seehofer, loben konnte. Die Wähler sehen bei Kretschmann und den Grünen durchaus die Unterschiede zu den Grünen im Bund. Die Grünen in Baden-Württemberg werden mit 2,0 bewertet und

⁵ Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellen. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass lediglich die Daten der Institute und nicht deren Interpretation übernommen werden. Die Angaben in Klammern beziehen sich auf das die Daten erhebende Institut.

setzen sich damit mit der Bewertung der Grünen im Bund von 0,8 klar ab. Auch das Ergebnis wird dem Spitzenkandidaten und nicht der Partei zugeordnet. So sind 15 Prozent der Ansicht, das gute Abschneiden könne der Partei zugerechnet werden, aber 79 Prozent halten das für das Verdienst von Kretschmann. Zudem sehen 60 Prozent aller Befragten, dass die Grünen in Baden-Württemberg für eine andere Politik als die Grünen im Bund stehen (Forschungsgruppe Wahlen).

So konnte der prääsidentielle Stil nicht erst in der Kampagne greifen und führte zur Dominanz der Grünen im Parteiensystem. Kretschmann genießt in allen Parteianhängerschaften große Unterstützung. Der Spitzenkandidat der CDU, der Fraktionsvorsitzende im Landtag Guido Wolf, kann hingegen lediglich in den eigenen Reihen auf Rückhalt bauen. 66 Prozent aller Wähler hätten lieber Kretschmann als Wolf (17 Prozent) als Ministerpräsidenten gesehen. Von den CDU-Anhängern hätten sich 46 Prozent für Kretschmann und 41 Prozent für Wolf entschieden. Mit der allgemeinen Zustimmung von 84 Prozent zu seiner Amtsführung liegt er damit in der Spitzenklasse. Diese Werte erreichten zuletzt Olaf Scholz (Hamburg) und Stanislaw Tillich (Sachsen). Zudem kommt Kretschmann bei allen auf einen Wert von 2,7 und bei den eigenen Anhängern auf sensationelle 4,4 (Forschungsgruppe Wahlen). Diese Werte haben Ausnahmecharakter.

Dem konnte kein Mitbewerber etwas entgegensetzen, sodass Kretschmann auch bei den Persönlichkeitswerten deutlich besser bewertet wurde als sein Herausforderer. Auch gegenüber der Wahl von 2011 haben sich die Imagewerte von Kretschmann in allen Bereichen verbessert. 2011 sagten 37 Prozent Kretschmann sei sympathisch, 2016 lag der Wert bei 64 Prozent. 38 Prozent hielten ihn bei der Vorwahl für glaubwürdig, 2016 54 Prozent. Etwas magerer fallen die Werte bei der Sachkompetenz aus. 2011 sahen 15 Prozent mehr Sachverstand bei ihm, 2016 lag der Wert mit 35 Prozent zwar höher, aber doch eher auf einem niedrigen Niveau

(Forschungsgruppe Wahlen). Damit gewinnt der Kandidat vor allem aufgrund von Eigenschaften und weniger auf der Basis von Kompetenz.

Das schlechte Abschneiden der SPD lässt sich zwar mit der Dominanz von Winfried Kretschmann erklären, nicht jedoch mit den Werten von Nils Schmid, der von allen Befragten mit 0,8 und von den eigenen Anhängern mit 2,4 bewertet wurde (Forschungsgruppe Wahlen).

Von der hohen Zufriedenheit mit der Landesregierung können nur die Grünen profitieren. Die SPD weist in allen Bereichen eher unspektakuläre Werte auf. Mit der Landesregierung sind etwa zwei Drittel der Baden-Württemberger zufrieden (Infratest dimap). Die Grünen erhalten in der Regierung den Wert 1,7, die SPD den Wert 1,0 (Forschungsgruppe Wahlen, gemessen anhand einer von +5 bis -5 reichenden Skala). Die Werte erklären jedoch nicht die Ergebnisse der Parteien. Danach hätte die SPD besser abschneiden können, zudem 48 Prozent eine Koalition von Grün-Rot positiv bewerteten (Forschungsgruppe Wahlen).

Während die Grünen mit ihrem Kandidaten ein Bild der Geschlossenheit zeigten, war die Wahrnehmung der CDU anders. In der Folge herrschte selbst in der CDU-Anhängerschaft eine größere Zurückhaltung gegenüber dem eigenen Spitzenkandidaten (siehe oben) und eine Präferenz gegenüber dem Amtsinhaber. Bezogen auf das konkrete und in den Medien stark diskutierte Beispiel der Position von Wolf zur Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin, lässt sich dies illustrieren. Von den 44 Prozent, die ein Abrücken von Wolf in der Flüchtlingspolitik erkennen, bewerten dies fast zwei Drittel negativ. 78 Prozent der CDU-Anhänger sind hingegen der Ansicht, die Kanzlerin mache ihre Sache in der Flüchtlingspolitik eher gut.

Für 70 Prozent der Baden-Württemberger ist das Thema „Flüchtlinge“ für die Wahlentscheidung wichtig. Allerdings war bei den Wählern der

Landtagsparteien keine Panik auszumachen. Gefragt ob Baden-Württemberg die große Zahl an Flüchtlingen verkraften kann, zeigen sich lediglich bei den Anhängern der AfD große Ängste. Gerade einmal 29 Prozent aller Wähler glauben, das Land könne die Anzahl an Flüchtlingen nicht verkraften. Während bei den Anhängern von CDU, Grünen und SPD weniger als 20 Prozent Sorgen über die Machbarkeit haben, liegt der Wert bei den Anhängern der AfD bei 73 Prozent. Zudem zeigt sich, dass die AfD-Anhänger sich auch in einer weiteren Einstellung von den anderen Anhängerschaften unterscheiden. 89 Prozent der AfD-Anhänger sind der Ansicht, die AfD sei die einzige Partei, die die Probleme beim Namen nennt. Das sehen in den anderen Anhängerschaften nur absolute Minderheiten so (z.B.: CDU 13 Prozent) (Forschungsgruppe Wahlen). Für diejenigen, die eine fundamentale Kritik in sich tragen, stellte die AfD somit eine Möglichkeit dar, diese zu artikulieren. Hierzu braucht es weder Kompetenzen noch Personal. Ohne die politische Herausforderung durch die Flüchtlingspolitik ist das Abschneiden der AfD nicht zu erklären. Ob die Partei jedoch auch reüssieren kann, wenn es zu einem Wegfall des Themas kommt, bleibt zu bezweifeln.

Vergleicht man die Wähler der AfD mit allen anderen Wählerschaften fällt auf, dass „Enttäuschung“ als Wahlmotiv eine große Rolle spielt. So sagen 70 Prozent der AfD-Wähler, sie hätten die Partei aus Enttäuschung gewählt, 21 Prozent geben „Überzeugung“ an. Bei CDU, SPD und Grünen verhält es sich umgekehrt. Lediglich die FDP kann von enttäuschten Wählern noch etwas stärker profitieren (Infratest dimap).

Durch die starke Personalisierung und die Dominanz des Flüchtlingsthemas spielten landespolitische Themen keine Rolle. Mit dem Flüchtlingsthema hat es damit ein politisches Problem geschafft, die Agenda stark zu dominieren. Somit ist zumindest ein breiter wirkendes Thema aufgetaucht, das mit Sicherheit auch zu dem Anstieg der Wahlbeteiligung beigetragen hat. In Baden-Württemberg nennen

immerhin 69 Prozent „Flüchtlinge“ als wichtigstes Problem. Zum Vergleich: Selbst „Fukushima“ wurde 2011 zwei Wochen nach der Katastrophe nur von 41 Prozent der Baden-Württemberger genannt. Auffällig ist auch, dass zumindest in den Bereichen, zu denen Daten vorliegen, die Grünen ihr Kompetenzprofil erweitern konnten, worunter CDU und SPD leiden. So wird den Grünen selbst in ihnen eigentlich fremden Themenfeldern wie „Wirtschaft“ mehr zugetraut als noch 2011. Die Grünen werden von 23 Prozent als kompetent wahrgenommen (2011: 4 Prozent). Immerhin wird das entsprechende Ministerium von der SPD geführt. Doch die SPD sinkt von 20 auf 10 Prozent und die CDU kann in der Opposition ihre Kernkompetenz ebenfalls nicht retten und bewegt sich von 43 auf 31 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen). Aber auch die Daten von Infratest dimap belegen, dass SPD und CDU in allen Politikfeldern Einbußen zu verzeichnen haben. Bei den Grünen ist hingegen überall einen Kompetenzzuwachs zu erkennen.

4. Die Wählerwanderungsbilanz⁶ und das Abschneiden der Parteien in sozialen Gruppen

An den Wählerwanderungsbilanzen lässt sich erneut das lagerübergreifende Wahlverhalten der Wähler ablesen. Sie kommen aus dem Nichtwählerlager und ein Teil wechselt auch wieder dorthin. Zudem vergeben die Wähler ihre Stimme jenseits von parteipolitisch ideologischen Linien. Wie bereits alle Befunde in der Vergangenheit zeigen, gewinnen Protestparteien immer in beträchtlichem Umfang Wähler aus dem Nichtwählerlager. Dazu muss die Wahlbeteiligung jedoch nicht ansteigen.

⁶ Wählerwanderungsbilanz: Infratest dimap Wahlanalyse. Die Wählerwanderungsbilanz bezieht sich auf die Landtagswahl 2011. Bei der Analyse des Abschneidens der Parteien in sozialen Gruppen wurden die Daten von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen benutzt.

Die **CDU** gibt bei der Landtagswahl Stimmen in alle Richtungen ab. Lediglich gegenüber der SPD kann die CDU ein leichtes Stimmenplus verzeichnen. An die AfD verliert die CDU 190.000 Stimmen. 107.000 Wähler verlassen die Partei und entscheiden sich für die Grünen. 86.000 Wähler wechseln zur FDP. Von der SPD gewinnt die CDU 13.000 Stimmen. Interessant sind die Bewegungen im Nichtwählerlager: 145.000 ehemalige Nichtwähler kommen durch die gestiegene Wahlbeteiligung zur CDU. Allerdings wechseln 160.000 ehemalige CDU-Wähler ins Nichtwählerlager, sodass die CDU hier ein Saldo von -15.000 Stimmen hat.

Die CDU verliert deutlich bei älteren Wählern und dementsprechend auch bei Rentnern. Aber auch bei Katholiken, Arbeitern, Selbstständigen und Landwirten sowie bei Wählern mit niedriger Bildung sind die Verluste überdurchschnittlich.

Die **Grünen** gewinnen vor allem im Austausch mit der SPD Stimmen. 157.000 ehemalige SPD-Wähler kommen zu den Grünen. Weitere 107.000 stoßen von der CDU und 129.000 kommen aus dem Nichtwählerlager hinzu. Die Grünen müssen jedoch auch Wähler abgeben: So entscheiden sich 70.000 frühere Grüne für die AfD und 13.000 für die Liberalen.

Die Grünen können bei älteren Wählern weit überdurchschnittliche Zuwächse erzielen. Auch Wähler mit niedriger Bildung und Rentner wechseln überdurchschnittlich häufig zu den Grünen.

Die **SPD** verliert in alle Richtungen Wähler. Am stärksten fällt der Wechsel zwischen der SPD und den Grünen ins Gewicht. So gehen 157.000 Wähler zum Koalitionspartner. 90.000 SPD-Wähler entscheiden sich für die AfD und 35.000 für die FDP. Weitere 19.000 machen ihr Kreuz bei einer der sonstigen Parteien und 13.000 wählen bei dieser Wahl die CDU. An die Nichtwähler verliert die Partei 61.000 Stimmen.

Die Verluste der SPD sind verhältnismäßig gleichförmig über die Wählerschaft verteilt.

In nennenswertem Umfang mobilisiert die **FDP** Wähler der CDU (86.000), gefolgt von früheren Nichtwählern (43.000). 35.000 Wähler der SPD votieren für die Liberalen und 13.000 ehemalige Wähler der Grünen kommen zur Partei hinzu.

Die Liberalen gewinnen bei älteren Wählern sowie bei Selbstständigen etwas überdurchschnittlich hinzu.

Für die **AfD** stimmen 209.000 ehemalige Nichtwähler. Weitere 190.000 Stimmen kommen von der CDU. 90.000 Wähler der SPD und 70.000 Stimmen der Grünen sowie 22.000 Wähler der Linken finden sich bei der AfD ein. Aber auch 151.000 Wähler „sonstiger“ Parteien landen bei der AfD. Von der Größenordnung sind dies wahrscheinlich Wähler der Piraten, Republikaner und NPD. Rechnet man die Werte um, so zeigt sich, dass die Wählerschaft aus allen politischen Lagern kommt: 26,2 Prozent stammen aus dem bürgerlichen und 22,5 Prozent aus dem linken Lager. 19,6 Prozent kommen von kleineren Parteien, die nicht im Parlament vertreten waren und 25,8 Prozent aus den Reihen der Nichtwähler.

Die AfD gewinnt überdurchschnittlich viele Männer in mittleren Altersgruppen. Überrepräsentiert sind auch Wähler mit einem mittleren Bildungsniveau und konfessionslose Wähler. Besonders hoch sind die Anteile der AfD bei Arbeitern und Arbeitslosen.